

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jenny Michew.*
Wien, I. Neues Rathaus

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 1. August 1919, Nr. 345-

Die Kohlenfrage im Stadtrat. In der heutigen Sitzung des Stadtrates, zu welcher Staatssekretär *Elbersch*, Ministerialrat Dr. Kloss, Regierungsrat Dr. Baumgarten, weiters Ober Insp. Lenhart und Insp. Pollek von der Nordbahn sowie Mag. Direktor Dr. Hartl, Ob. Mag. Rat Dr. Müller, Mag. Rat Dr. Fastenbauer, Dir. Karel und Zentral Insp. Güntner erschienen waren, wurde die Kohlenfrage nochmals eingehend erörtert.

Bürgermeister Reumann begrüßte die erschienenen Herren und führte dann aus: Die Angelegenheit, welche uns heute beschäftigt ist von ganz hervorragender Bedeutung für die gesamte Bevölkerung der Stadt Wien. Die Gemeindevertretung hat schwerwiegende Sorgen für den bevorstehenden Winter bezüglich der Kohlenversorgung, wie überhaupt der Versorgung mit Brennstoffen. Dieser *dringenden* Angelegenheit hat der Stadtrat in seiner letzten Sitzung Ausdruck gegeben. Es wurde dabei der leise Zweifel darüber ausgesprochen, ob nicht noch gewisser Maßnahmen bisher unterlassen wurden, die im Interesse der Vermeidung einer Katastrophe wünschenswert erscheinen könnten. Der Bürgermeister gibt nun einen ganz eingehenden Bericht über jeden einzelnen Schritt, der seit dem 4. Mai unternommen wurde und stellt fest, dass kein wie immer geartetes Versäumnis Platz gegriffen hat. Es wurden in der letzten Sitzung des Stadtrates, fährt Bgm. Reumann fort, die eventuellen Folgen einer Kohlenkatastrophe in eingehender Weise erörtert, es wurde schliesslich dem Wunsche Ausdruck gegeben, dass sowohl der Stadtrat als auch der Gemeinderat noch einen eingehenden Bericht in dieser Frage erhalten.

klärt werden, es soll ihr gesagt werden, dass von Seiten der Gemeinde *nichts* unversucht gelassen wurde, *um die Stadt vor einer schweren Katastrophe zu schützen.*

Wiederholungs-Verweigerung hat bereits vorgefallen

die Gefahren schildert, in denen die Stadt durch den Kohlen- wie überhaupt Brennstoffmangel kommen müsste. Er hat in erster Linie darauf aufmerksam gemacht, dass die industriellen Unternehmungen nicht mit Kohle versorgt werden können, was eine weitere Arbeitslosigkeit zur Folge hätte. Gegenwärtig seien 120.000 Arbeitslose zu verzeichnen, dann würde die Zahl der Arbeitslosen in das Ungemessene vermehrt werden. Er hat weiter ausgeführt, dass auch die Aufrechterhaltung des Strassenbahnverkehrs sehr ernstlich in Frage gestellt erscheint. Die Bemühungen, die sich die Gemeindevertretung gegeben hat, finden jedoch ihre naturgemässe Begrenzung dadurch, dass der Gemeinde ja eigentlich keinerlei Machtmittel zu Gebote stehen. Die Gemeinde kann nicht diplomatische Beziehungen anknüpfen, um auf diese Weise Kohle zu beschaffen, die Gemeinde kann nicht entsprechende Transportmittel zur Verfügung stellen, damit die Kohle von dort, wo sie vorhanden ist, nach Wien gebracht werden, kurzum, der Einfluss der Gemeinde beschränkt sich eigentlich darauf, immer wieder antreibend zu wirken. Im eigenen Wirkungskreis wurde und wird ja auch unausgesetzt gearbeitet, doch sind das alles zusammen genommen nur Tropfen auf einen heissen Stein. So hat sich die Gemeinde kürzlich an den Erzbergbauarbeiten des Ybbstaler Kohlenbeckens beteiligt, so werden Versuche zu Verwertung des Torfes gemacht, so stehen schon seit Wochen Verhandlungen wegen Sicherung der schon ausgebauten Wasserkräfte des Steinfeldes vor dem Abschluss, sind die Elektrizitätswerke im Begriffe Rohöl zu beziehen und wollen ihren Betrieb teilweise dementsprechend umgestalten.

Im Anschluss hieran erstattete Bürgermeister Reumann einen eingehenden Bericht über den Stand der Brennstoffversorgung.

(Dieser Bericht folgt später.)

Ministerialrat Dr. Kloss dankte dem Bürgermeister dafür, dass ihm die Möglichkeit gegeben wurde, die Lage Deutschösterreichs in Bezug auf Kohlenversorgung vor dem Stadtrate eingehend zu schildern. Der Bedarf Deutschösterreichs an Kohle in Friedenszeiten betrug monatlich 1.150.000 Tonnen Steinkohle und 110.000 Tonnen Braunkohle. Durch die inländische Erzeugung konnten von dieser Menge nur ungefähr 9 bis 10 % gedeckt werden und ausserdem bestand die Erzeugung nur in Kasserat minderwertiger Braunkohle, die für die verschiedensten Zwecke unverwendbar ist. Vielfach konnte das Elektrizitätswerk diese Kohle infolge ihrer schlechten Beschaffenheit nicht verwenden. Nach dem Umsturze trat in der Kohlenversorgung ein vollen *Chaos* ein, die Grenzen wurden gesperrt, die Durchfuhr von Kohle nach Deutschösterreich von den Arbeiter- und Soldatenräten vielfach verhindert und so waren wir eine *Zeitlang* in Deutschösterreich ohne jegliche Zufuhr von Kohle aus dem Auslande.

Wir waren damals nur auf die geringen Vorräte angewiesen, welche in den einzelnen Unternehmungen aufgehäuft waren und die Tätigkeit des Staatsamtes beschränkte sich darauf, diese Vorräte zu erfassen und unter Mitwirkung der Interessenten in gerechter Weise zu verteilen. Mit der Zeit wurde es uns möglich mit den neu entstandenen Staaten, hauptsächlich Böhmen, Beziehungen anzuknüpfen und durch Verhandlungen Verträge auf Lieferung von Kohle abzuschliessen. Der erste Vertrag wurde mit Böhmen im Dezember vorigen Jahres mit einer Laufzeit bis zum 11. Juni d. J. abgeschlossen. Die Menge die uns dieser Vertrag zusicherte war so gross, dass wir mit einiger Sparsamkeit hätten auskommen können, *tatsächlich* wurde aber der Vertrag im tschechoslowakischen Staate nie eingehalten und es bedurfte ununterbrochener Versprechen und Eingaben, um wenigstens die teilweise Erfüllung des Vertrages durchzusetzen. Eine schwere Krise trat im Juni d. J. ein, als der Vertrag mit dem tschechoslowakischen Staate abgelaufen war und die Erneuerung, beziehungsweise Verlängerung des Abkommens durch unerfüllbare Kompensationsforderungen der Tschechen aufs Aeusserste erschwert wurde. Erst nach den langwierigsten Verhandlungen gelang es am 23. August, ein neuerliches Abkommen mit dem tschechoslowakischen Staate zu treffen.

Für Deutschösterreich kam als Kohlenlieferant in hervorragenden Mass *Deutschland* in Betracht. Aus Westfalen, dem Saargebiete und aus Oberschlesien erhielt Deutschösterreich ständige Kohlenzufuhren, doch gestaltete sich infolge der politischen Verhältnisse in Deutschland die Lieferung *sehr schwierig*.

Die Tagesförderung in Westfalen betrug in Friedenszeiten täglich 30 bis 34.000 Waggons, ging aber in den letzten Monaten auf 5.000 bis 8.000 Waggons zurück. Das Saargebiet wurde durch die Besetzung durch die Franzosen vollkommen ausgeschaltet und Ober-Schlesien, das für die Belieferung Deutschösterreichs die grösste Bedeutung hatte, wurde durch die vielen Ausstandsbewegungen in seiner Förderung stark beeinträchtigt. Die Förderung ging von 14.000 Waggons täglich auf 5.000 täglich zurück. Im Februar wurden uns aus Ober-Schlesien noch täglich ungefähr 150 Waggons geliefert, später wurde ein Vertrag abgeschlossen, der uns täglich 700 Waggons Oberschlesischer Kohle zusicherte, doch erhielten wir von dieser Menge durchschnittlich nur ungefähr 300 Waggons täglich.

Die furchterliche Lage unserer Kohlenversorgung lässt sich daraus er-messen, dass der gesamte Bezug Deutschösterreichs an In- und Ausländischer Kohle im ersten Halbjahre 1919 monatlich durchschnittlich 366.000 Tonnen gegen einen Bedarf von über ein einviertel Millionen Tonnen betrug. Wenn man bedenkt, dass der normale Bedarf der Bahnen allein monatlich 334.000 Tonnen ausmacht, so kann man sehen, mit welchen Schwierigkeiten das Staatsamt zu kämpfen hatte, um mit dieser geringen Menge das Auskommen zu finden. Auch die Arbeiterschaft ist auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht worden. Es ist der Arbeiterschaft von allen in Betracht kommenden Stellen dargelegt worden, wo sehr die Bergarbeiter die Situation der Bevölkerung und besonders auch die der Arbeitererschweren, wenn sie mit ih-

rer Arbeit nicht voll einsetzen. Es muss betont werden, dass diese Bestrebungen tatsächlich einen Erfolg gezeigt haben, die Streiks haben nachgelassen und die Erzeugung hat sich gehoben. Während zum Beispiel im Juni die gesamte inländische Erzeugung 117.624 Tonnen betrug ist die im Juli auf 145.522 Tonnen gestiegen. Was also in Inlande möglich war ist tatsächlich geschehen, nur muss man im Auge behalten, dass diese Steigerung von rund 30.000 Tonnen im Monat im Verhältnis zu unserem Gesamtbedarf eine sehr kleine, nicht ausschlaggebende Menge ist. Wir sind daher unter allen Umständen auf die Einfuhr aus dem Auslande angewiesen. Wenn wir die Mengen, die uns allenthalben versprochen sind, tatsächlich erhalten so können wir beruhigt den Winter entgegen sehen, so aber, wie die Situation jetzt ist, und zwar trotz der Bemühungen der Entente, insbesondere der amerikanischen Mission müssen wir für den Winter noch Besorgnisse hegen. Eine *grosse* Schwierigkeit, welche sich unserer Arbeit entgegenstellt, ist der Waggonmangel. Wir haben noch eine gemeinsame Wagenwirtschaft mit den übrigen Sukkessionsstaaten, wir sind daher nicht in der Lage über eigene Wagen zu verfügen, um Kohle zu holen. Wir müssen

selbst erst um Wagen bittlich werden. Eine kleine Menge, und zwar 150.000 Tonnen Kohle, haben wir auf Grund von Kompensationen aus Polen zu erhalten. Aber auch in diesem Falle wird der Mangel an Wagen eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Sowohl von uns aus, als von Seiten der Gemeinde Wien ist, um Kohle zu bekommen, alles vorgekehrt worden, was möglich war. Wir sind vom Staatsamte aus täglich in Fühlung mit der Gemeinde, es vergeht kein einziger Tag, wo wir nicht ununterbrochen über die Kohlenlage beraten und Massnahmen zur Verbesserung derselben einleiten.

Ministerialrat Kloss besprach sodann die Kohlenverteilung von der Station Staasshof aus und erörterte im weiteren Verlaufe seiner Ausführung die Frage der Beschaffung überseeischer Kohle. In der letzten Zeit wurden diesbezüglich im Einvernehmen mit dem Bürgermeister intensive Verhandlungen gepflogen. Es mag vielleicht ja die Beschaffung dieser Kohle wegen ihres hohen Preises merkwürdig erscheinen, aber dessen ungeachtet sind wir auch dieser Frage näher getreten, da sowohl wir als auch der Herr Bürgermeister auf dem Standpunkte stehen, dass die Höhe des Preises keine Rolle spielen dürfe.

Ministerialrat Dr. Kloss betont zum Schlusse, dass, was in der Macht des Staatsamtes gelegen sei, *alles* unternommen werde, um alle notwendigen Vorkehrungen für eine Winterversorgung zu treffen, *es* werde kein Weg, der zum Ziele führen könne, unbeschritten bleiben, denn man sei sich der Folgen, die eine Kohlenkatastrophe heraufbeschwören würde, vollkommen bewusst.

Direktor Karel von den städt. Elektrizitätswerken betonte, dass auch die städt. Elektrizitätswerke in der Kohlenfrage ununterbrochen versorgen. Eine der letzten Aktionen derselben sei die Zusammenfassung der vielen kleinen Wasserkräfte gewesen, welche vom Gebirge kommen und die Wiener Ebene traversieren. Diese Wasserkräfte würden alle in den Dienst der elektrischen Kraft-erzeugung gestellt und das Elektrizitätswerk hoffe, dass es bis zu Neujahr 1.500 Pferdekräft auf diese Weise zur Verfügung habe. Es sei dies allerdings keine grosse Sache, aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen müsse eben alles ausgenützt werden. Paralell mit dieser Aktion habe sich das Elektrizitätswerk auch mit der Frage beschäftigt, ob nicht Gasöl zur Beheizung der Elektrizitätswerke zu verwenden sei. Dieser Aktion stellen sich naturgemäss grosse Schwierigkeiten entgegen und auch die Kosten werden sehr grosse sein. Allein auch sie *müssen* im Interesse der Versorgung der Stadt zur Durchführung gelangen und es werde bereits morgen dem Stadtrate ein bezüglicher Auftrag des Elektrizitätswerkes zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Man hoffe durch die Oelförderung ungefähr eine Leistung von 150.000 Kilowattstunden zu erzielen. Mit Hilfe des Zillingdorfer Bergwerkes würde es dann, eine gute Witterung vorausgesetzt, möglich sein die Versorgung Wiens mit Elektrizität wenigstens bis zu einem gewissen Grade von den Kohlen-zuschieben unabhängig zu machen.

Güntner
Zentral-Inspektor von den städtischen Gaswerken fasste die Lage dieses Unternehmens dahin zusammen, dass eine Gefahr für die Versorgung Wiens mit Gas im bisherigen Ausmasse nicht zu befürchten sei; wenn die Anlieferung von Kohle in bisheriger Ausmasse erfolgt, so kann die Gasabgabe bis zum Spätherbst gesichert gelten. Für den Winter allerdings ist es notwendig, dass man für eine ausgiebige Erhöhung des Zuschusses an Kohle Sorge trägt.

Mag. Rat Dr. Fastenbauer erörterte die Belieferung der Kleinbändler und stellte fest, dass es noch zu Anfang des Monats Juni möglich war, die Kleinbändler mit 92 % des Bedarfes zu beliefern. Mit Ende Juni sank diese Quote auf 57 %, Mitte Juli auf 48 %. Heute kann der Magistrat selbst mit Zuhilfenahme des Holzes nurmehr 74 % des Bedarfes der Kleinbändler decken, in der vergangenen Woche waren es sogar nur 64 %. Wie unzureichend die Belieferung mit Hausbrandkohle besonders in den letzten Tagen geworden ist, mag aus dem Einlaufe des gestrigen Tages ersicht werden. Von den zugeführten 23 Waggons mussten 6 Waggons der Ankerbrotfabrik, die sich in äusserster Notlage befand, zugewiesen werden, so dass für die Kohlenlagerplätze nur 7 Waggons übrig blieben, gegenüber einem Tagesbedarf von 121 Waggons.

Inspektor Pollak von der Nordbahn teilte mit, dass in der vorigen Woche einige Waggons Torfbriketts eingelangt sind, die sich infolge des Regenwetters in den letzten Tagen fast vollkommen mit Wasser angetränkt und dadurch unbrauchbar wurden, da die Brennwärme, welche durch den Torf erzeugt wird, zur Verdampfung des Wassers aufgebraucht wird. Ausserdem stellt sich der Preis für diese Torfbriketts auf 60 K pro hundert Kilogramm, was die Benutzung des Torfes als Brennmaterial unmöglich macht.

Ober-Inspektor Goldmann von Wagen-Dirigierungssamt des Staatsamtes für Verkehrswesen, wendete er sich gegen den Vorwurf,

dass Deutschösterreich zu wenig Waggons für die Kohlenzufuhr zur Verfügung stelle. Tatsächlich wird die notwendige Anzahl von Waggons fast zur Gänze pünktlich beigebracht, Unterdeckungen des Waggonsbedarfes erreichen höchstens den Fehlbetrag von 5 %.

An die Berichte schloss sich nun eine Wechselrede, in der als erster Redner StR. Dr. Kienböck das Wort ergriff. StR. Dr. Kienböck betonte, dass unser Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein müsse, möglichst viele Ersatzstoffe für Kohle herbeizuschaffen und die Produktion der inländischen Kohle zu steigern. Wenn auch dadurch nur geringe Mengen von Kohle gewonnen werden, so könne die Tatsache, dass wir alles daran setzen mehr Kohle zu gewinnen den Eindruck auf die Entente und insbesondere Amerika nicht verfehlen.

Für den Fall, dass eine Einstellung der Kohlenbelieferung der Industrie notwendig würde, wünscht StR. Dr. Kienböck, dass eine Skala aufgestellt werde, in der die Wichtigkeit der einzelnen Industrien für die Öffentlichkeit festgesetzt wird, damit an der Hand dieser Skala die Einstellung der Belieferung mit Kohle erfolge.

Staatssekretär Eldersch bezeichnet die schwierige Situation unserer Kohlenversorgung als eine Folge der unorganisierten Auflösung des alten Staates. Jetzt, da wir erkennen, dass wir auf eigenen Füßen nicht stehen können und vollkommen der Gnade und Ungnade der Nachfolgestaaten ausgeliefert sind, werde auch das Versäumnis der deutschösterreich. Bevölkerung offenbar, das darin liegt nicht mit allen Kräften ^{unmühevoll} für den Anschluss an Deutschland eingetreten zu sein. Die Forderung nach Hebung der Produktion von Kohle sei sehr leicht ausgesprochen, doch fehlen uns gegenwärtig fast alle Hilfsmittel, welche zur Erschliessung neuer Kohlenbergwerke notwendig sind und ausserdem sei zu befürchten, dass solche jetzt entstandene Kohlenbergwerkstätten später, wenn eine Entspannung der Kohlenlage eintritt, vollkommen unrentabel werden und aufgelassen werden müssen, wobei das ganze investierte Kapital verloren geht.

Weiters sprachen die StR. Korzda, Müller, Vaugoin, Iser und VB-Emmerling, welche ebenfalls zur Kohlenfrage Stellung nahmen. VB-Rosa wünschte, dass die Wirtschaftspolitik mit den Nachbarstaaten auf bessere Grundlagen gestellt werde und dass bei der Aussenpolitik unseres Staates parteipolitische Fragen nach Möglichkeit unberücksichtigt bleiben sollen.

Magistratssekretär Dr. Lorenz erstattete hierauf noch einen Bericht über die Lage der Holzversorgung Wiens, wobei er auf die Schwierigkeiten der Bringung des Holzes hinwies. Gegenwärtig habe im Waldviertel die Schlägerung des Holzes eingestellt werden müssen, da infolge der Erntearbeiten kein Fuhrwerk zu erhalten sei. Man hoffe aber, dass innerhalb einer Woche die Arbeit wieder aufgenommen werden könne. Die Verordnung der Landesregierung, die jüngst erlassen ist, sehe eine Menge von 800.000 Raummetern Holz vor, es werde wohl kaum dazu kommen, dieses Quantum zu erhalten; wenn ^{aber} ~~jetzt~~ nur eine Menge von 200.000 Raummetern, wie man schätzt, hereingebracht werden kann, so bedeute das die Brennstoffversorgung Wiens schon eine bedeutende Erleichterung.

Bürgermeister Reumann ergriff nun zum Schlusse der Beratung noch einmal das Wort und machte die Mitteilung, dass in der morgigen Stadtratsitzung die Delegation von Abordnungen gewählter Vertreter der Gemeinde Wien vorgenommen werden soll, deren Aufgabe es sein wird bei allen zuständigen Stellen in Prag und Berlin den furchtbaren Ernst unserer Lage darzustellen. Die angekündigte ausserordentliche Sitzung des Gemeinderates wird erst nach der Rückkehr dieser Abordnungen stattfinden können.

Der Kohlenbericht des Bürgermeisters.

Bürgermeister Reumann führte am Schlusse in seinem eingehenden Bericht über den Brennstoffbedarf der Stadt Wien aus: Der tägliche Mindestbedarf von Wien setzt sich aus nachstehenden Ziffern zusammen:

I. Hausbrand:

Küchenbrand (25 kg pro Woche und Haushalt 514.560 Brände) 2144 t
Zimmerbrand (20 " " " " " 439.942 ") 1467 t

II. Industrien, Gewerbe und Anstalten die vom Magistrat

bemessen werden..... 2000 t
Industrien, die seitens des Staatsamtes bemessen werden... 1979 t
staatliche Anstalten und Aemter..... 117 t
zusammen..... 7707 t

Diese Gesamtmenge von 7707 t pro Tag wurde im Winter 1918/19 anlässlich einer Besprechung mit Ententevertretern auf 5284 t herabgesetzt, die sich in folgender Weise aufteilen:

I. Hausbrand:

Küchenheizung..... 2144 t
Zimmerheizung.....

II. Industrien und Gewerbe..... 2500 t

Anstalten..... 640 t
zusammen..... 5284 t

Hiezu kommt der Bedarf der städtischen Elektrizitätswerke, der im Sommer mit 950 t, im Winter mit 1500 t einzusetzen ist; ferner der Bedarf der städt. Gaswerke, der im Sommer 1200 t und im Winter 2500 t täglich beträgt. Für diesen Bedarf kommt die inländische Produktion wenig in Betracht, da die an sich geringe Förderung Deutschösterreichs hauptsächlich für die Industrie und den Hausbrand der an die Produktionsstätten unmittelbar abgrenzenden Gebiete, sowie für die Bahnen in Anspruch genommen wird. Wien ist demzufolge der Hauptsache nach auf den Bezug aus dem Auslande angewiesen. Dieser Auslandsbezug erfolgt zum Teil aus dem nordwestböhmischem und aus dem Ostrau-Karwiner Revier des tschechoslowakischen Staatsgebietes, zum Teil aus Oberschlesien und in ganz geringem Masse aus Polen. Vom nordwestböhmischem Braunkohlenreviere ist ein grosser Teil des Hausbrandbedarfes und des Bedarfes der städtischen Elektrizitätswerke zu

decken; das Ostrau-Karwiner Revier hat insbesondere die städtischen Gaswerke zu versorgen. Die Bezüge aus Oberschlesien dienen hauptsächlich für den Bedarf der Industrien, zum Teile auch für die Hausbrandversorgung und die Gaswerke. Die geringen Bezüge aus Polen sind grösstenteils für die Industrien bestimmt. Die nordwestböhmisches Kohle sowie die Gaskohle für die städtischen Elektrizitätswerke wurden auf Grund eines Vertrages, der ausschliesslich die Versorgung

Wiens zum Gegenstande hat, bezogen. Dieser Vertrag, der im Juni d. J. abgeschlossen war, wurde nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen anfangs Juni erneuert, jedoch von tschecho-slowakischen Regierung nicht ratifiziert; anfangs August übermittelte diese einen neuen Text, der von unserer Regierung nicht angenommen werden konnte und zu neuen Verhandlungen in Prag führte. Die Ratifizierung dieses Vertrages liegt ebenfalls noch nicht vor.

Bezüglich der Kohlenbezüge aus Oberschlesien bestehen gleichfalls Vereinbarungen zwischen den beiden in Betracht kommenden Regierungen. Diese Vereinbarungen haben die Belieferung Deutschösterreichs überhaupt ohne besondere Beziehung auf Wien zum Gegenstande; es sollen täglich 7.000 t für Deutschösterreich geliefert werden und hievon weist das Staatsamt für Handel und Gewerbe Kohle für Wien zu. Ist schon der eingangs erwähnte Bedarf von Wien selbst bei voller Anlieferung der Vereinbarung gemäss für Wien zu liefernden Mengen nicht zu decken und die Versorgung nur unter Anwendung schwer empfundener Sparmassnahmen aufrecht zu erhalten, so wird diese Versorgung unschwerer je weniger der Einlauf den vereinbarungsgemäss zuliefernden Mengen entspricht.

Während wir am 20. August 1918 einen Lagerbestand hatten auf dem Nordbahnhof von 92.360 t, auf den städtischen Plätzen 6.654 t, im Gaswerk 54.301 t im E-Werk 44.878 t, weist der Lagerbestand vom 20. August 1919 nachstehende Zahlen nach. Auf dem Nordbahnhof 9.282 t, auf den städtischen Plätzen 1.249 t, im Gaswerk 19.256 t, im E-Werk 3.028 t. Wir befinden uns also derzeit in einer Kohlenkrise, wie sie Wien noch nicht durchzumachen hatte.

Den Wiener Haushaltungen wird gegenwärtig der Küchenbrand in kaum 50% der Fälle eingeliefert, weil die Kohle fehlt. Es sind also rund 250.000 Haushaltungen ohne Küchenbrände. Die Szenen, die sich bei den Abgabestellen abspielen sind unbeschreiblich und man sträubt sich daran zu denken, was im Winter geschehen soll, wenn alles friert und sich zur Kälte die Not an Beleuchtungsmaterial gesellt.

Die Spitäler, die sonst um diese Zeit ihre Vorräte schon im Keller hatten, sind noch nicht versorgt. Es droht die Einstellung der Spitalstätigkeit, die Kranken werden ohne Zuflucht sein und eine Unzahl infektiöser Erkrankter werden die Stadt wahrlos der Verbreitung furchtbarer Seuchen ausliefern. Mit den Schulen steht es nicht besser. Die Industrie ist direkt lahm gelegt und es besteht die grösste Schwierigkeit, die für die Approvisionierung unbedingt notwendigen Anstalten und Betriebe in Gang zu halten. Das Heer der Arbeitslosen findet durch das Stilllegen der Betriebe erschreckende Vernehmung.

Es wurde alles aufgewandt, um die Schrecken des Winters zu bannen und das Gespenst der Verzweiflung abzuwenden. Es wurde beiden Vertretern der Entente-

Mächte, bei den Interalliierten Kommissionen, bei den fremden Regierungen sowohl, wie auch in St. Germain in schriftlichen Eingaben, sowie mündlichen Vorgesprächen auf die trostlose Lage der Kohlenversorgung und auf das der Stadt Wien drohende Unheil hingewiesen; nichts wurde unversucht gelassen, um die Kohlanlieferung für Wien zu erhöhen und der sonst unentrinnbaren Katastrophe vorzubeugen. Es ist die ethische Pflicht unserer bisherigen Gegner, uns vor dem Aussersten zu bewahren und uns den Abgrund zu entreissen.

Angesichts dieser geschilderten Verhältnisse müssen wir wenigstens was Haus- und Küchenbrand anbelangt, uns zum Teil auf eine Versorgung mit Holz einrichten, und dazu ein Mindest-Quantum von 800.000 bis 1 Million Raummeter in Aussicht nehmen. Der Gesamtvorrat, über den die Gemeinde am heutigen Tage verfügt, beträgt aber nur 50.000 Raummeter. Alle Aktionen, die jetzt geplant sind

und die darauf beruhen, dass man nun erst die Schlägerung beginnt, bedeuten schon ein Verlust für sich einen Wasser- und Holz-Ertrag lassen Holz können wir nicht verwenden, beziehungsweise sein Reizfaktor ist fast Null. Es kann sich also nur um eine Rettung auf dem Wege handeln, dass wir vorläufig geschlagene

und schon lagernden Holz von nunwärts zuführen, das herbei, wieder in überwiegender Masse aus dem Reich der Gesunkenen, teilweise von Ungarn. Sie immer man also die Sache betrachten möge, kann Wien sich mit eigener Kraft nicht helfen und steht vor dem Zusammenbruche.